

Das Beste aus Thüringen.

**thueringer-allgemeine.de**

In Kooperation mit Ostthüringer Zeitung und Thüringische Landeszeitung.

## SPD will Stormpassage in Heiligenstadt verhindern



Für das neue Einkaufszentrum wird in der Altstadt jetzt ganz viel Platz gemacht. Das Bauprojekt passe aber nicht hierher, kritisiert die SPD. Foto: Rene Weißbach

**Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln will die SPD Heiligenstadt den Bau der Stormpassage im Stadtzentrum verhindern. Das kündigte Franz-Josef Strathausen am Mittwochabend in der Stadtratsitzung an. Strathausen bedauerte, dass Bürgermeister Bernd Beck (CDU) in der Ratssitzung nicht anwesend war.**

Heiligenstadt. Wolle er doch dessen Verdienste einmal loben, denn die Bilanz von Bernd Becks zu Ende gehender Amtszeit sei durchaus positiv. Aber ein Ziel habe er nicht erreicht: den Bau der Stormpassage. Im Bemühen, es doch hinzukriegen, habe die Stadt das Projekt aus der Hand gegeben, die Grundstücke wurden an einen Investor verkauft. Und jetzt müsse man zusehen, wie dieser einen "Zweckbau" errichte, der ihm zu hohen Renditen verhelfen soll. Strathausen ist sicher, dass die geplanten Neubauten nicht zum Stadtbild passen werden: "Das wird aussehen wie ein Plumpsklo im Vier-Sterne- Hotel." Die Sozialdemokraten würden jetzt ihren Einfluss geltend machen, damit die 1A-Lage im Heilbad nicht vergeudet wird. Für das ewige Problem Brauhausplatz habe man am Ende schließlich auch eine vernünftige Lösung gefunden. Besonders verärgert ist Strathausen darüber, dass der Investor Zukunftsvisionen suggeriert habe den Erhalt der Synagoge inbegriffen die es nicht mehr geben werde. Denn das Altbau-Ensemble in der Stubenstraße sei bereits "im schmutzigen Staub verschwunden".

Für die neuen Pläne, Kaufland im Zentrum anzusiedeln, müsse der bestehende Bebauungsplan geändert werden. Und dem werde die SPD nicht zustimmen, kündigte der Fraktionschef an. "Das ist unsere Stadt. Wir sind städtebaulich verantwortlich." Die Erste Beigeordnete Ute Althaus, die den Bürgermeister vertrat, sagte, sie wisse nicht, wie der Bebauungsplan aussehe. Aber der Investor müsse so bauen, wie es für ihn am zweckmäßigsten sei. Kathrin Propf vom städtischen Bauamt bestätigte, dass die Pläne für die Ansiedlung von Kaufland im Zentrum noch einmal geändert werden müssten. Dafür werde gerade alles

vorbereitet. Aber die Synagoge in die neuen Hausfassaden der Neubauten einzuarbeiten, sei damals das Entgegenkommen des Investors gewesen, aber keine Forderung der Stadtverwaltung, erinnerte sie.

Wenn der Stadtrat den geänderten Bebauungsplan nicht billige, werde es kein Kaufland im Stadtzentrum geben, verdeutlichte sie. Volker Lamprecht (CDU) wehrte sich gegen den Eindruck, die Stadt habe beim Abriss der Synagoge mitgewirkt. Die Denkmalbehörde habe damals den ersten Entwurf des Investors nicht akzeptiert. Dass dieselbe Behörde später einem Abriss zugestimmt habe, sei unverständlich. Aber Lamprecht zeigte sich optimistisch, dass mit dem Investor eine einvernehmliche Lösung gefunden werden könne, um an die jüdischen Mitbürger in würdiger Form zu erinnern, wenn auch an ganz anderer Stelle. Heinz Funke (SPD) ist dagegen immer noch der Meinung, die Stadt hätte die Synagoge kaufen und erhalten müssen. "Wir werden Bürger mobilisieren, so viele wir erreichen können, um die Pläne von Herrn Wüstefeld zu verhindern", warnte Funke im Stadtrat.

Natalie Hüniger / 28.10.11 / TA

Z81BAS9490110

